

# Volksstimme

## Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

und sämtliche Unterbezirke (Streise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Wo's und Zeit“.

Redaktion: Halle a. S., Gr. Strassenstr. 17. Fernr. 6812. Erscheinungstage von 11-12.

Verlag: Expedition: Halle, Gr. Str. 17. Fernr. 5407. Postfachkonto 1079 u. 91-5753

Nr. 41 Halle, Freitag, den 18. Februar 1921 5. Jahrgang

# Auf zur Tat!

## Wähler und Wählerinnen! Die Stunde ruft!

Auch das Wählen, die Abgabe des Stimmzettels am 20. Februar ist eine Tat. Aber sie muß erfolgen in dem Bewußtsein, das Rechte erkannt zu haben. Die Abgabe des Stimmzettels ist keine Tat, wenn sie nicht geleitet wird von dem Erkenntnis, sondern von einem fremden Zwange. Zwang, Terrorismus in abhörender Form, wird nur ausgeübt von ganz Rechts und ganz Links, deshalb keine Stimme diesen Parteien.

## Darum wählt sozialdemokratisch — SPD.

Doch das reaktionäre Rad ist nicht nur gewalttätig, es ist auch gemein. Es beschimpft nicht nur sozialdemokratische Minister, die unter den erbärmlichsten Umständen Übermensliches leisten, es beschimpft auch die objektiven Männer, die in ihr unsägliches Geschimpfe nicht einstimmen. Nur ein Blatt vom Schlage der „Halbeschen Zeitung“ konnte einen Mann wie den Rektor der hiesigen Universität anpeilen wollen mit dem Ausdruck: „Teufel für alles.“ Damit haben sich jene Menschen das Urteil selbst gesprochen.

## Alle Stimmen gehören der Liste Waentig — SPD.

Keine Stimme aber auch den Demokraten, denn sie können sich zu keiner mannhaften Tat gegen über jenen Volksfeinden aufstellen. Keine Stimme den Unabhängigen, denn sie schwanken heillos hin und her. Sie wissen nicht, was sie wollen. Keine Stimme den Sozialdemokratischen Partei. Keine Stimme den Kommunisten, denn sie beten genau wie die Deutschnationalen nur bei dem Wort an. Gewalt kann aber nur zerstören, nicht misshandeln. Deshalb hat die Sozialdemokratie der Kommunisten die Abhängigkeit der Massen vom Kapital nicht vermindert, sondern nur vermehrt. Außerdem greifen sie auch bei der Bekämpfung ihres gefährlichsten politischen Gegners, der Sozialdemokratie, zur deutschnationalen Waffe der Verleumdung.

## Wieder mit dem reaktionären Geschmeiß! Wieder mit den kommunistischen Verleumdern!

## Hoch die Sozialdemokratie!

# Wähler, könntet ihr alles vergessen?

Gegenwärtig hört man oft den Ausspruch: „Im Kaiserreich war es schöner als in der Republik!“  
Ist das wahr? Wir sagen nein! Es ist die alte Erfahrung, daß der Mensch das Schlechte, Unangenehme schnell vergißt und nur das Schöne in seiner Erinnerung haften läßt. So erzählt man sich Soldat im Zivilkleide, die Geliebte der wenigen schönen Stunden beim Militär, die gemelnen, häßlichen Schikanierungen seiner Vorgesetzten verweigert etc. Dasselbe Geschehen sehen wir im Reichstagen. So sagten die: Menschen jetzt ältere, daß man für wenige Pfennige vor dem Kriege sich schöne Sachen kaufen und sich lassen konnte. Allgemein stimmt das; daß aber auch vor dem Kriege, wo doch das deutsche Volk im Golde schwamm, viele elende Verhältnisse herrschten und Schulkinder hungerten, das hat man vergessen und deshalb wollen wir in Nachhinein das Gedächtnis dieser Verhältnisse aufrichten.  
Wir erinnern daran, daß in den neunziger Jahren in dem böhmischen Spielmannsbühnen Wochenspieler: von der 1500 Mark geschätzt wurden. In der Kolonialzeit in Oberitalien und Kalabrig, die der Lohn pro Kopf auf 40 Kr. pro Tag stieg. Daß in der Provinz die Arbeiter bei 12 bis 14 Stunden täglicher Arbeitszeit 7 bis 8 Mark pro Woche verdienten!  
Im November 1901 wurde in der „Dresdener Zeitung“ von Leuten berichtet, daß sie in ihrer Schule Untersuchungen veranstalteten und dabei feststellten, daß 1/3 der Kinder in 25 bis 30 Prozent ihrer Schulkinder kein Mittagsbrot hatten.  
Im letzten November 1909 stand in rheinischen Blättern ein Artikel, in dem es hieß:  
Die letzte amtliche Zählung hat ergeben, daß die Rheinprovinz 10 979 trübseligste Kinder unter 15 Jahren hat. Von diesen armen Geschöpfen, die zum Teil in drückendster Armut ein menschenwürdiges Dasein führen, könnten mindestens 30 Prozent, also reichlich 3200, vollständig geheilt oder soweit gebessert werden, daß sie nicht mehr als Krüppel zu betrachten wären. Der Aufsatz lautet: bei der

Staat — wohlgerichtet; das Krüppeln der Hohenpöllern — nicht für die armen Kinder tut, muß durch milde Gaben Geld gesammelt werden, sonst bleiben die Kinder Krüppel. Unterzeichnet war der Aufsatz u. a. mit dem Abgeordneten Trimbom.  
Am 8. Januar 1896 erschien in der „Dresdener Zeitung“ ein Aufsatz, in dem es hieß:  
Nach amtlichen Feststellungen sind in Dresden 3400 Kinder vorhanden, welche hungern... die die notwendige Nahrung nicht haben, die sie zum normalen Wachstum brauchen usw.  
Dieser Aufsatz erschien zum 25jährigen Gründungsjubiläum des Deutschen Reichs. Man hat um milde Gaben, damit der Hunger der Kinder gestillt werden könnte. Unterzeichnet war der Aufsatz von Oberbürgermeister B. ulze und sämtlichen Epikern der Dresdener Gesellschaft. — In Zeiten des Weltverfalls; hungerende Kinder!  
Wie sorgte der reiche Staat für die Vaterlandsbedürftigen, für die Militäranwärter von 1864/1866 und 1870/71? 1905 tagte in Berlin in Kellers Hofpalais eine Sozialdemokratische Versammlung. Herr Brechun, der Vorsitzende des Verbandes der Militäranwärter berichtete über eine Petition, die die Lage der Junaiden besser stellen sollte. Er schilderte, daß die Kameraden Hunger leiden und für ihre aus, wenn es heißt: „Gib dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!“ so sag'n wir hinaus: „Gib uns unsern Invaliden Brot, damit sie nicht vor Hunger in die Gräber fahren!“ Jetzt bekommen die Erwerblosen monatlich 10 Mark. Da muß man helfen oder betteln, wenn man nicht verhungern will. Da wir nichts bekommen, wollen wir eine Erwerblosen gründen, damit die Wittwen der Kameraden nicht verhungern, in dem Lebensfall sich auf Kosten der Erwerblosen bezogen zu lassen. Er berichtete weiter, ein kürzlich verstorbenen Deutnant von Seebach habe dem Kameraden 13 000 Mark vermacht — die invaliden Kameraden könnten hungern. „Für uns hat man kein Geld.“  
Hat man das alles vergessen?

Im „Freiburger Tageblatt“, Nr. 57, 1918 (Breisgau) beten arme Veteranen um abgelegte Kleider, damit sie bei einbrechenden Tobeschüssen ihrer Kameraden einen halbwegs anständigen Anzug anziehen könnten!  
Habt ihr vergessen, daß 1918 der preussische Staat für die Haftverwaltungen rund 11 400 982 Mark, dagegen für sämtliche Krankenhäuser Deutschlands an Schwangenen- und Wöchnerinnenunterstützungen nur 6 790 157 Mark gab? Dagegen gibt die durch den Krieg arm gemachte Republik gegenwärtig für Wöchnerinnen und Schwangere jährlich 12 Millionen Mark aus. Spricht das zugunsten des alten Staats?

1909 kamen in Preußen 127 000 Frauen ohne jede Hilfe einer Hebamme nieder. Hat man das auch vergessen? Die Vertreter der vorliegenden Unmoralen führten vor dem Kriege bittere Klagen, daß ihnen die notwendigen Mittel für Ausstattung der Universitäten fehlten; Krankenhäuser erangelten der notwendigen Wäsche und Apparate; die Bibliotheken konnten wegen Mangels an Mitteln nicht die notwendigen Neuanschaffungen ausführen, weil sie vom reichen Staat die nötigen Mittel nicht erhielten.

Die Sternwarte in Treptow konnte nur mit Hilfe der freien Gewerkschaften, die für 180 000 Mark Eintrittskarten im Voraus kauften, ausgebaut werden. Der reiche Staat hatte dafür kein Geld!  
Am 14. Februar 1912 stand in der „Sülfinger Kreiszeitung“, der Raterrat des Ortes werde am Sonntag im Gethse zwei Mädchen von zwei und vier Jahren mißbefördernd in gute Pflege unterbringen.

Hat man vergessen, daß im Mai des Jahres 1912 bis 1918 in Friedrichshafen am Bodensee regelmäßig 2- bis 300 Kinder im Alter von neun bis vierzehn Jahren mit dem Dampfboot aus Brezeng anlangen, um für 30 bis 120 Mark Lohn als Hülfskinder bis Ende Oktober in Deutschland tätig zu sein?

Das sind einige Beispiele von den Zuständen im alten Reich, in einer Zeit, wo gemessen an der heutigen, Deutschland ausschließlich in Geldüberfluß schwelgte. Im Hunderte könnten die Beispiele vermehrt werden.

Wenn heute Not und Mangel vorhanden ist, so ist es die Folge des ständischen Krieges, den das alte Regiment und seine Kriegsgelager betauschelten und nicht durch einen Herdändigungskrieg abschließen wollten. Auf sie fällt der katastrophale Krieg oder Kleiderkrieg, nicht auf die bettelarme Republik, die das Unheil ausstößt und helfen muß. Der Krieg, der den Kriegskrüppel behandelte, ist nicht der Schuldige, sondern der, den der Krieg verurteilt hat.

Den bürgerlichen Parteien, die die Schuld an den Zuständen vor dem Kriege tragen und die die Zustände nach dem Kriege verursacht haben, ist die Quittung dafür am 20. Februar ausgestellt. Kein vernünftiger Wähler, ob Mann oder Weibchen, darf sich die Parteien wieder an die Herrschaft in Preußen kommen. Deshalb gilt es am 20. Februar.

## Wahrheit sozialdemokratisch wählen!

## Brennende Speicher.

Von Dr. Alfred Striemer.  
In reichen America, verbrannt man Korn, weil es im Preise tiefer steht als die Kohle. Dort werden mit Baumwolle gefüllte Speicher in Brand gesteckt, um die Preise aufzuheben. In Mitteleuropa, besonders in Deutschland und Österreich reicht das Brot nicht aus und fehlt die Baumwolle, um die notwendigen Kleidungsstücke herstellen zu können. Millionen Arbeitsträger liegen daran, den Seehäfen fehlt es an Frachten, in den Danzabothränen der Nationen fließen riesige Dichtigkeits, für die verschärfte Bedingung gefordert wird. Wo liegt die Ursache der furchtbaren Situation? Zwischen den Korn und Baumwolle erzeugenden Farmern Amerikas und den auf diese lebensnotwendigen Gütern angewiesenen Arbeiter Europas steht diejenige Verbindung, die den Ausgleich in der Bedürfnisbefriedigung herzustellen vermag. Der Weltmarkt, der sich diese Aufgabe ja gestellt hat, verlangt, er verläßt zwar über gelistete Lagerhäuser, läßt aber doch die Arbeitslosen hungern und frieren. Den Arbeitlosen aber verweigert das Gesetz, sich anzuschauen, was ihnen fehlt; es muß es tun, um die Ursache zu erhaschen.  
Es ist der allmächtige Handel nur im eigenen Interesse handelt und spekuliert, und weil dabei die Arbeiterklasse der Wäcker bittere Not leiden müssen, kann tiefer nur Überwinden werden, wenn das Eigentumverhältnis des Handels dem sozialwirtschaftlichen Interesse Platz machen muß. Wir brauchen Brot, Futter, Kohlestoffe, die in anderen Ländern überflüssig vorhanden sind. Aber, sagt man uns, wir leben arm, wir faulen und beschlen zu faulen. Ah, das was? Ist ein Volk arm, das eine Million und mehr Hände, 1/3 harte und geschädigte Hände frei hat, die arbeiten können und wollen? Geht hin, sendet Boten dorthin, wo Getreide und Baumwolle verbrannt werden, und fragt sie, was ihnen die deutschen Arbeiter dafür geben können! Es reich an Gütern, daß sie keine! Es darf mehr haben, nicht 3. B. diese amerikanischen Farmer haben nicht! Reicht nicht von Geld und Kapital Reicht Waren in die Hände und tauscht sie gegen das, was wir so bitter dringend brauchen! Teufel der Geldhandel verlangt, für den der Handel Speku

latten M. darum sollen arbeitsfähige Köpfe hungern? An der Arbeiterschaft selbst liegt es, ihre Kraft einzusetzen, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zur Hilfe zu nehmen.

Die Warenkaufgesellschaften brauchen nicht erst erfunden zu werden, sie sind bereits da, aber sie müssen in den Dienst einer großen nationalen Bedarfsabdeckungswirtschaft gestellt werden als soziale Handelsunternehmungen. Es ist Sache der Regierung und der Gewerkschaften, den Warenkauf großartig in die Hand zu nehmen, mit den amerikanischen Farmerorganisationen und anderen zu verhandeln und statt Kredit mit teuren Zinsen die Bestellungen auf deutsche Waren anzunehmen.

Ein internationales Wirtschaftskrisis ist ins Leben gerufen worden, aber ein internationales Warenkaufsystem ist nicht weniger bedeutungsvoll. Seine Aufgabe müßte es sein, Ueberflus und Mangel in der gesamten Weltwirtschaft auf Grund genauer Beobachtungen schärflicher und den Ausgleich zu veranlassen mit Hilfe eines sozialen Weltmarktes. Heute ist der Weltmarkt in außerordentlich hohem Maße ein Spekulationsmarkt, an dem sich nur Händler betätigen können, die die Marktlage mit völliger Entschiedenheit auszunutzen in der Lage sind.

Die in jüngster Zeit zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei getroffenen Kaufabmachungen. Auser gegen Kohle, auch die Vereinbarung in Holland zeigen, daß der Weg des sozialen Kaufhandels praktisch beschritten werden kann. Hinzuweisen ist auch auf die Tätigkeit der mit deutsch-amerikanischem Kapital gegründeten „Amtea“, die amerikanisch in Schiffsbau tätig gegen deutsche Kleinfahrzeuge zu tauschen begonnen hat.

Wenn wir allerdings nach den Vereinigten Staaten z. B. irgendwelche deutschen Erzeugnisse bringen wollen, die dort selbst benötigt und preiswert hergestellt werden, so müßten wir mit unseren Kaufmännern gegen amerikanischen Getreide, Petroleum, Baumwolle oder Kupfer nichts anderes tun als amerikanischen Industriearbeiter freisetzen. Das tut ja der freie Export- und Importhandel. Nur auf dem Wege der Verständigung nach sozialwirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen kann der Weltmarkt ein Warenkaufsystem werden, der verhilft, daß wirtschaftliche Angelegenheiten, wie sie sich in Krisenzeiten herausgebildet haben, auch in Zukunft wieder erlösen können. Die Tatsache, daß amerikanische Farmer dem deutschen Volk Wohlstand und Lebensmittel zum Schicksal machen, zeigt das deutlich genug, daß sie die Weltwirtschaft der osonenartigen Wirtschaftswelt nicht begreifen. Nicht deutsche Spielwaren, Musikinstrumente, Glas- und Porzellanwaren und fragt den amerikanischen Farmer, ob er sie gegen Getreide nehmen will? Von Kauf gar nicht zu reden. Heute verkauft sowohl die Standard Oil ihr Petroleum als das deutsche Rasinöl auf dem Weltmarkt gegen Getreide.

In der Weltwirtschaft steht die Arbeitsteilung, kapitalistische und nationalökonomische Interessen führen zu Überproduktion der Wirtschaftsgüter gegenüber, anstatt daß sie sich zu gesellschaftlicher Zusammenarbeit finden. Je mehr Nationen es sind, die in steigender Arbeitsteilung widertreiben können, desto größer wird die Zahl von Gebrauchsgütern und Verbrauchsgütern, die jeder einzelne erwerben kann. Überproduktionen sind bei dem Reichtum der Menschheit eine völlige Unmöglichkeit. Deshalb müssen wir uns für die Forderung einsetzen, daß das internationale Proletariat die Schaffung eines Warenkaufsystems erzwingen muß, das in dem Chaos der kapitalistischen Güterzeugung die Wege für den Ausgleich zeigt.

### Die englischen Gewerkschaften gegen die 226 Milliarden-Forderung.

London, 18. Februar. Der Parlamentsausschuß des Gewerkschaftsverbandes und der Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei haben ein gemeinsames Manifest veröffentlicht, in dem zugleich mit der Erklärung, daß die von Deutschland geforderte Entschädigung nicht gezahlt werden könne, auf eine notwendige Erwidmung des Betrages der deutschen Entschädigung im Interesse der Arbeiter des In- und Auslandes gedrungen wird. Das Manifest erklärt, daß Deutschland nicht die tatsächlichen angestrichelten Verhältnisse wiedergutmachen. Die Rechnung ist aber getrieben durch Anrechnung von Pensionen und Vergütungen, die unerbittlich seien mit den vor dem Abbruch des Waffenstillstandes gestellten

Bedingungen. Zum Schluß fordert das Manifest nicht nur eine neue Erwidmung der Entschädigungsforderung, sondern auch eine Verringerung des gesamten Wertes der Militären gegen Zentraluropa und Rußland.

### Die deutschen Gegenverträge.

Berlin, 18. Febr. (Prin.-Tel.) Mehreren Vätern zufolge dürften die deutschen Gegenverträge für die Londoner Konferenzen von den Sachverständigen voraussichtlich Anfang der nächsten Woche fertiggestellt werden. Bis es in den Vätern heißt, sei in Aussicht genommen, die Gegenverträge zum Gegenstand einer Besprechung zwischen der Reichsregierung und der Reichsstaatssekretäre sowie Vertretern des Reichsministerkabinetts zu machen. Erst nach dieser Besprechung werde die endgültige Fassung der Gegenverträge erfolgen, und zwar voraussichtlich Ende der nächsten Woche.

### Die Bewegung der englischen Eisenbahnen.

London, 17. Februar. Der Vollzugsausschuß des Nationalverbandes der Eisenbahnen hielt gestern eine Sitzung ab, um über die Antwort Lloyd Georges auf die Forderung betreffend die Unterbindung der Schiene von Wallow zu beraten. Nach der Sitzung, auf der beschlossen wurde, die weitere Einwirkung dieser Frage im Unterhause abzuwarten, bevor man über die zu ergreifenden Maßnahmen Bescheid gibt, erklärte der Arbeiterführer Cramp, die von Lloyd George vorgeschlagene Unterbindung des Betriebes durch die Militärbehörden sei unannehmbar. Der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes hat auf seiner vorgestern in London abgehaltenen Sitzung eine scharfe Entschädigung an Lloyd George und den Staatssekretär von Irland abgelehnt, in der die öffentliche Unterbindung des Betriebes von Wallow gefordert wird. Heute wird eine gemeinsame Konferenz zur weiteren Beratung der Angelegenheit stattfinden, an der der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes, der Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei und die parlamentarische Arbeiterpartei teilnehmen werden.

### Nach Rumänien will entschädigt werden.

Berlin, 17. Februar. Futurerer Zeitungen zufolge hat Rumänien durch seinen Vertreter bei der Reparationskommission in Paris Entschädigungsanprüche in Höhe von über 31 Millionen Gold-Dei angemeldet.

### Englische Kontrolle der deutschen Schiffe in Stettin.

Berlin, 18. Febr. Nach einer Meldung des „Kol.-Anz.“ aus Stettin legt die Entschädigungskommission, die ausschließlich aus Engländern besteht, die Unterbindung der nach dem Osten abgehenden Dampfer fort, ohne Rücksicht auf die Zollunterbindung. Die Kommission erkennt die antilichen Zollbestimmungen nicht an. Sie verlangt, daß ihr in Zukunft ein Verzeichnis aller fähigen ein- und auslaufenden Schiffe geliefert wird.

### Wieder ein Schieber verhaftet.

Nach einer Mitteilung aus Stettin wurde in Bodowin an der Grenze Komerns nach Polen ein rumänischer Händler festgenommen, der verurteilte, große Mengen Heeresmaterial nach Polen zu verschleusen. Wie die „Lauburger Zeitung“ berichtet, handelt es sich um Werte von vielen Millionen, darunter 50 Flugzeuge, Geschütze, Maschinengewehre, Scherenfortläufer, 100 000 Militärabzeichen, Säbel usw. Weiter wurde im Kreise Lauburg ein Wessler verhaftet, der 13 Maschinengewehre über die Grenze nach Polen verschleusen hatte.

### Der Jahresbericht in Leipzig beigelegt.

Leipzig, 17. Febr. Um alarmierenden Nachrichten entgegenzutreten, teilt das Reichamt mit, daß nur auf wenigen Poststellen die Zimmerleute heute vormittag für einige Stunden in den Urlaub getreten sind, der dann aber sofort beigelegt wurde. Die Beurlaubten haben auf keiner Seite eine vollständige Unterbrechung erfahren.

### Das geblühende Ueberfließenkommen.

Wie wir bereits gestern an der Spitze des Blattes mitteilten, ist die Kündigung des Ueberfließenkommens im

Wahlbergbau durch die Bergarbeiterorganisationen erfolgt. Der „Vorwärts“ erzählt dazu von sachmännlichen Seite, daß die Aufhebung des Ueberfließenkommens bei längerer Zeit infolge des Gefundheitszustandes der Bergarbeiter ins Auge gefaßt war. Aus Hunderten von Schreiben und persönlichen Vorstellungen der Arbeiter an den Bergbau ist zu ersehen, wie die Ueberarbeit auf die körperliche Überlastung vieler Arbeiter durch die Ueberfließenkommens, wie sie im Bergbau seit annähernd 10 Jahren geübt worden, in dem Umlange noch begehrt. Hinzu kommt aber auch die Lage auf dem internationalen Kohlenmarkt, wo das Ausland augenblicklich schon als Konkurrent auftritt. In England und Frankreich Betriebsbedingungen und Preisverhältnisse, während in Deutschland die Bergarbeiter durch Ueberanforderung ihrer körperlichen Gesundheit untergeben müßten. Im Gegensatz hierzu waren die Mitglieder der Bergarbeiterorganisationen bereits gewarnt, an vier Tagen Preisveränderungen einzulegen wegen Abganges. Im Ruhrrevier kann die Eisenbahnzeit längerer Zeit den Abtransport der Kohle nicht in der Höhe bewerkstelligen, als wie die Förderung pro Schicht ergibt, so daß größere Mengen als selbständiger angeklammert worden sind.

Des weiteren hat sich aber auch ein größerer Umwälz in der Bergarbeiterfrage angeklammert wegen der Verleumdungstaktik in der Sozialisierungsfrage des Bergbaus. Statt daß die Regierung endlich mit einem Gesetz entwurft vor die Öffentlichkeit trat, ist diese Frage in Körperkassen hineingetragen worden, die sich die größte Mühe geben, möglichst lang und breit darüber zu reden, aber wenig praktische Arbeit leisten. Man kann es daher verstehen, wenn die Bergarbeiter endlich des weiteren Hinwegens müde geworden ist.

Ob es in den nächsten Tagen zwischen den beteiligten Interessenten zu weiteren Verhandlungen kommt, steht noch offen.

### Der Fall Hiller und das alte Preußen.

Am Montag hat vor dem Schourgericht in Berlin-Moabit die Verhandlung in dem wieder aufgenommenen Prozeß gegen den Leutnant a. D. Hiller begonnen. Gerade zur rechten Zeit hat der Prozeß noch einmal einen Rückschlag erfahren, nämlich wieder fallen gelassen wurde, denn schon Dienstag wurde er vertagt, weil ein Zeuge Komod aus Rottbus, der frühere Arzt der Hillerschen Truppe, nicht erschienen war. Der zu Tode gemartete Kriegsverweigerer Helmsahle — das ist ein Symbol des alten Preußens. Man reche hier nicht von Einspännl oder Sonderfall. Der Fall Hiller-Helmsahle ist nur ein besonders marantes Beispiel für Dinge, die sich in ähnlicher, wenn auch nicht mit Millionenbezug ereignen haben. Er ist in seiner Gesamtheit nicht denkbar ohne den Hintergrund des altpreussischen Militarismus.

Während Kriegsverweigerer, die 1914 zu den Fronten krüchten, ist wie Helmsahle die Begeisterung ausgelassen und ausgeprägt worden. Meist war sie schon zu Ende, wenn am Kaiserentor ein häßlich grinsender Unteroffizier die Rekruten in Empfang nahm: „Für Staatsfolge habt wohl nicht warten können, bis die Reihe an Euch war? Na, bildet Euch ja nicht ein, daß deswegen mit euch besondere Umstände gemacht werden.“

Sie wurden nicht gemacht. Der Kriegsverweigerer, wie der gemöhnliche Rekrut, wurden gefoltert und geschlagen, bis sie müde, kumpel Maschinen war'n, denn das was das letzte Fünftel Begeisterung ausgegeben war, ist verschwunden, wie Schweiß, nimmst bei dieser Verhandlung zu Grunde. Die Härten wurden verfilzen und trotzig, und verteilten daß ihnen preußisch in Militärgeist, dessen oberste Festsätze etwa sind: „Na nichts Ueberflüssiges tun, bis drücken, so weit es geht, Befehle nur gerade: so ausführen, daß man nicht bestraft werden kann. Verbieten ist nichts außer sich erwidern lassen.“

Der Fall des Kriegsverweigerers Helmsahle ist nur ein leuchtendes Beispiel dafür, wie dieser Geist auch denen aufgenommen wurde, die mit weit besserem Geist zur Armet gekommen waren. Das altpreussische Erziehungssystem hat in diesem Kreise Banerzeit gemacht und zur Niederlage geführt.

gerade bei uns so jugend; aber auch bei uns würde die äußere und endlich auch die innere Unmöglichkeit eingetreten; vor nach Reichstum trachtet, der treibt feinesgleichen ungleich zu werden —

„Carl!“ unterbrach ihn die Frau, indem sie das Züchtung zusammennahm und zum Fenster hinausgeschickte; „du denn Schmutz, der das Gut in Händen hat, um das wir uns streiten, sich ändern ungleich möglich? Sei ihr nicht ein Herz und eine Seele und seht immer die Köpfe zusammen!“

„Das ist was anderes!“ rief der Mann, was ganz anderes! Der hat sein Gut nicht erschlichen oder in der Güterrie genommen, sondern Lutz um Lutz durch seine nicht ermordeten während dreißig Jahren. Und dann sind wir nicht geblieben, ich und er, und gehen einander nicht an und wollen es ferner so halten, das ist der Punkt! Und endlich ist der nicht wie andere Leute, der ist noch ein geblühender und Ueberfließen! Wir wollen aber nicht immer nur die letzten Privatverhältnisse betrachten! Wärdigkeitseigent ist bei ihm seine ungeheuer reichen Leute, der Wohlstand ist ziemlich verteilt; aber einmal Seele mit vielen Millionen entstehen, die politische Herrschaft; bestien, und du wirst sehen, was die für Unlug treiben! Da ist der betannte Spinnerhirsch, der hat wirklich schon viele Millionen und man nicht ihm vor, daß er ein wichtiger Bürger und ein Wohlthäter ist, weil er sich nichts um Allgemeine kümmert. Ein Wohlthäter, ein guter Bürger ist er, der nach wie vor bei anderen geblieben ist, ich selbst regiert und liebt wie ein anderer Mann. Daß die sein Haus ein politisch herrschaftliches Gut sein, daß ihm einige Liebesmühsalige, Freude an Aufwand und Sinn für althergebrachte theatralische Pomp, die ihn in Politik und gemeinnützige Häuser bauen und dann schau, was er für einen Schaden anrichtet im gemeinen Wesen und wie er den Charakter des Volkes verdirbt. Ob nicht eine Zeit kommen, wo in unserem Lande, wie anderswärts, sich große Massen Geldes zusammenhäufen, ohne ein richtige Weise erarbeitet und erspart worden zu sein; dann wird es geben, dem Teufel die Bürgen zu weihen; das wird es sich zeigen, ob der Baden und die Farbe gut sind und um deren Bekämpfung! Kurz und gut ich sehe nicht ein, warum einem meine Bürgen nach fremden Gütern die Hand austrecken soll, ohne einen Zweck darum gerichtet zu haben. Das ist ein Schwindel wie ein anderer!“

(Fortsetzung folgt.)

### Das Fährlein der Neben Aufrechten.

Novelle von G. Stetzied Keller.

(7. Fortsetzung.)

„Gediger laßt dich Verdruss und rief: „Aufschliff!“ Du sprichst wie die Bäuerin mit dem Milchtopf! Ich sehe ein anderes Bild von dem Weidgenossen unter armen Verwandten. Der läßt sich allerdings nicht abgehen und hat immer taufend Einflüsse und Bestehen, die ihn zu taufend Ausgaben veranlassen und die er bestreitet. Kommen aber seine Eltern und seine Brüder zu ihm, geschwind fest er sich wickeln und verdrückt, aber sein Binschub, die Heber quer im Munde, feucht und spritzt: Danket Gott, daß ihr nicht den Verdruss und die Last einer solchen Vermögensverteilung habt! Dieser wolle ich eine Herde Jochen bewachen, als ein Hundel dämmliger und faumseiger Schuldner! Nitzends geht Geld ein, überall luden sie auszubringen und durchzuschleppen. Tag und Nacht muß man in Sorgen sein, daß man nicht geblüh betrogen wird! Und fragt man einen Schmitz am Krügen, so hebt er ein solches Gemüsel an, daß man ihn nur schnell wieder muß laufen lassen, wenn man nicht als ein Vagabund und Unmenschen will beschreiben werden. Alle Anstalten, die er bestreitet, alle Ausgebirgungen, alle Inzerate muß man lesen und wieder lesen, um nicht eine Eingabe zu veräumen und einen Termin zu übersehen. Und wie ist Geld in der Kasse! Zahl einer ein Darlehen zurück, so heißt er sein Geldschindeln in allen Schichten auf den Tisch und tut die mit seiner Abzahlung, und es er aus dem Hause ist, sehen drei da, die das Geld haben wollen, einer davon sogar ohne Unterhand! Und dann die Ansprüche der Gemeinde, der Wohlthätigkeitsanstalten, der öffentlichen Unternehmungen, der Substitutionsstellen aller — man kann nicht ausrechnen, die Stellung erfordert es; oder ich sage euch, man weiß oft nicht, wo einem der Kopf steht! Das Jahr hin ich gar in der Kasse, ich habe meinen Garten besterndem lassen und einen Walden gebaut, die Frau hat er schon lange gemühsalig, man sich die Rechnungen der Witte ein Weidgenoss zu halten, wie der Arzt schon hunderteit geraten, daran darf ich gar nicht denken, denn immer kommen neue Ausgaben dazwischen. Seht, da hab' ich mit mir eine kleine Heiter lassen lassen von neuerer Konstitution, um den Ausstoßler zu prüfen, dan

ich an den Spalten siege — das mit der Teufel, wenn ich sie dies Jahr bezahlen kann! Nun, ich habe gutlos noch Kredit!“ So spricht er und schlichtet, indem er noch eine graumae Prozedur damit zu verbinden muß, seine armen Brüder, seinen alten Vater ein, daß sie die Anlagen verschweigen und sich nur wieder fortmachen, nachdem sie seinen Garten und seinen Walden und seine Klärwerke Keller bewundern. Und sie gehen zu fremden Leuten, um Hilfe zu suchen, und bezahlen gern höhere Zinsen, um nur nicht so viel Geldschindeln hören zu müssen. Seine Kinder sind kein und schließlich gefoltert und gehen einflüß über die Straßen; sie bringen den armen Betenden und Wägen keine Gedenke und holen sie alljährlich zweimal zum Essen und es ist dies den reichen Kindern ein großer Zug; aber wenn die Wähe ihre Schämigkeit verlieren und auch laut werden, so fällt man ihre Tadeln mit Weiden und schilt sie nach Hause. Dort erzählen sie alles, was sie gesehen und was sie zu essen bekommen haben, und alles wird getadelt; denn Wohl und Weid erfüllt die armen Schindelninnen, welche nichtsoebeniger der hochgehenden Person schmachten und deren Saar rühmen mit deren Jungen. Endlich kommt ein Angid über den Vater oder über die Brüder, und der reiche Mann muß nun wohl oder übel, des Beschäftes wegen, vor die Heber gehen. Er tut es nur, aber ich lange bitten zu lassen; aber nun ist das Band uüberfließen Gletscher und Lüste ganz gerissen! Die Brüder und ihre Kinder sind nun die Anrede und Unteramentänder des Herrn; jedoch aus ein werden sie geschuldnet und zurechtgewiesen, in großes Zuch müssen sie sich Leiden und Schwere Wort offen, um einen kleinen Teil des Schwabes wieder einzubringen, und die Kinder werden in Wägenhäuser und Armenhäuser gesteckt, und wenn sie fort gehen sind, müssen sie arbeiten im Hause des Herrn und unten an jenem Tische sitzen, ohne zu sprechen.“

„Qu!“ rief die Frau, „was sind das für Geschäften! Und wolle ich die witzigen eigenen Sohn hier für einen solchen Schindeln halten? Und ist es denn geschleiden, daß gerade seine Brüder ein solches Unglück treffen sollte, das sie zu seinen Anreden machen? Sie, die ich schon selbst zu besser mühen ich jetzt? Nein, da glaube ich doch zum Ueberfließen eigenen. Und, daß wir durch einen solche Heber nicht betrogen aus dem Schindeln geraten, vielmehr ich meine bessere Anrede bestreiden würde!“

„Ich will nicht bekaupten,“ erwiderte Hedger, „daß es

**Weshalb fordern wir die Sozialisierung des Bergbaus?**

von Hans Bär.

Jahr	Kohlenförderung	Arbeitslohn	Arbeitslosen
1914	1 650 708 Tonnen	6 641 786 Mk.	1 200 000
1915	1 457 008 Tonnen	7 198 075 Mk.	1 200 000
1917	1 615 056 Tonnen	10 428 501 Mk.	1 200 000
1918	1 580 519 Tonnen	10 448 847 Mk.	1 200 000
1919	1 328 194 Tonnen	11 700 502 Mk.	1 200 000

Jahr 1920 hat „Kreuzzeitung“ 600 (sechshundert) Prozent Steigerung verzeichnet!

**Die Sozialisierung eine Gefahr?**

von Hans Bär.

Der Reichstagsabgeordnete Wahnke veröffentlicht einen Aufruf, in dem die Sozialisierung als Volkseigenes festgestellt werden soll und der bei der spontanen Stellungnahme innerhalb der Sozialdemokratischen Partei die Meinung weiter Kreise dieser Fraktion wiedergeben dürfte. Ganz abgesehen davon, daß die an Stelle der verpönten Sozialisierung vorgelegten Kleinaktien eine zur Lösung der sozialen Krise durchaus ungenügende Möglichkeit bedeuten, ist ein weiteres Fortschreiten in der sozialparteilichen Methode gestatten würde, möchten wir doch die Gelegenheit wahrnehmen, um die Demokraten auf eine Tatsache aufmerksam zu machen:

Es dürfte in der Erinnerung eines jeden politisch gebildeten Menschen sein, daß im Reichstage vor einigen Monaten Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten für die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaus einstimmten und daß sich die Regierung, in der auch demokratische Minister sigen, kategorisch dazu bereit erklärte, auf die sofortige Durchführung dieses Beschlusses hinzuwirken, da nur solcherart, dem Verlangen des Volkes Genüge geleistet werden könne. Demokratie und Zentrum waren damals so klug, zu erkennen, daß eine soziale Umwälzung der politischen auf dem Fuße folgen muß, und es hatte allen Anschein, als ob die Parteien den Zeichen einer neuen, andere Anforderungen stellenden Zeit Rechnung tragen wollten. Sonderbar also, daß damals niemand auf den nun von Wahnke ausgesprochenen Gedanken kam, daß an Stelle der damals genehmigten Sozialisierung, die „Demokratisierung“ der Betriebe genüge, ja daß darüber hinaus die Ausschließung der Privatwirtschaft eine ökonomische Gefahr bedeute.

Ein gewisses Gefühl des Behauerns beschleicht uns, wenn wir sehen, daß auch Wahnke sich bei abgelehnten Vorhaben des „genialen“ Herrn Reichert, daß nämlich der inaktive Stand der Reichspost und Reichseisenbahnen zur Genüge das Verderben einer Sozialisierung zeige, zu eigen gemacht hat. Er weiß also nicht, oder vielmehr er will es nicht wissen, daß das große Defizit dieser Betriebe von der Wirtschaftlichkeit des alten Systems übernommen und durch die Abgaben an die Entente noch gesteigert wurde, was aber nicht das geringste Argument gegen die tatsächliche Rentabilität eines sozialisierten Betriebes bedeuten kann.

Im übrigen sind wir Herrn Wahnke dafür dankbar, daß er nach der Wahl aus mit solcher Offenheit enthüllt hat, daß die demokratische Partei ihr Inneres verlor, und daß es damals der Kohlensozialisierung zustimmte. Das heißt, das in dieser Frage eine klare Stellungnahme wünscht, wird auf diesen Opportunismus oder — weniger parlamentarisch ausgedrückt — diese Schaukel- und schlangengewandte Anpassungspolitik die richtige Antwort geben: Es wählt Sozialdemokratie!

**Die Kreuzzeitung für die U. S. P.**

Die „Kreuzzeitung“ vom Mittwoch abend bringt folgende Wählzettelung, die in allen Betrieben platziert zu werden verdient:

In Kreußen wird es nicht ganz besonderer Anreizungen bedürfen, wenn das Ziel, der jetzt sozialdemokratisch bestimmten Regierungscoalition den Boden zu entziehen, erreicht werden soll. Denn nach den Reichstagswahlen im Juni vorigen Jahres hat das preussische Staatsliche Bundesamt berechnet, daß die Ergebnisse der Reichstagswahl in den preussischen Landbestellen zwar die Mandatsstärke der Regierungsparteien von 307 auf 221 herabgesetzt hätten, daß aber diese 221

Kandidaten immer noch gegenüber der 28 der Opposition gebildet hätten. Es wird also am nächsten Sonntag wesentlich besser gewählt werden müssen, als im Juni vorigen Jahres, wenn die Sozialdemokratie aus der Regierung ausscheiden sollte. Aber es wäre um so lächerlicher, dieses Ziel zu erreichen, da immerhin im sozialdemokratischen Lager unerschöpfliche Möglichkeiten auf Kosten der oppositionellen Unabhängigen zugunsten der Mehrheitssozialisten festgestellt werden.

Das ist wenigstens offen gesprochen. In Preußen soll statt des Genossen Braun ein Junker Ministerpräsident werden. Junker sollen das Innere und die Landwirtschaft verwalten, ein orthodoxer Konfessionsrat soll Unterrichtsminister werden. Dieses Ziel ist aber verdammt schwer zu erreichen, weil zuerst Arbeiter sozialdemokratisch und zu wenige unabhängig wählen. Darum verweist der „Kreuzzeitung“ der Fortschritt der Sozialdemokratie und der Rückgang der Unabhängigen in schwere Sorgen.

Dieses Gefühl des Behauerns, daß sie jede U. S. P. Stimme als ihren eigenen Gewinn, ihren Verlust der U. S. P. als ihren eigenen Verlust betrachten, müßte eigentlich die Unabhängigen — und zugleich die Kommunisten für die natürlich das gleiche gilt — für jeden denkbaren Arbeiter praktisch erledigen.

**Die Unparteiliche.**

Die Spitzelwirtschaft unter den Kommunisten wird durch Borjalle befeuert, die sich in den letzten Tagen in Gesellschaften abgeteilt haben. Dort ist es unseren Genossen gelungen, sogenannten Führer der Kommunisten nachzuweisen, daß sie rechtlich begabte Spitzel sind und im Dienst der Organe der Zentrale in Essen und Münster handeln. Bekannt war ja schon seit länger Zeit, daß der Führer der Roten Armee im Abschnitt Weisel, ein gewisser Kautzsch, am dem Militärkommando in Münster ausgehoben und als Spigel nach Düsseldorf und Braunschweig geschickt worden ist. Zu diesem Renonnierten gestellten sich nun zwei andere, die ihm würdig sind: ein Maschinenbau und ein Steiger Vollenbaum. Beide wurden nach dem Zusammenbruch 1918 fürstlich revolutionär und konnten im Kampfe gegen die völkerverräthige Mehrheitssozialdemokratie nicht genug tun. Paul war es, der am 18. Februar 1919 die Waffen aufsteckte und sie gegen das Polizeigebäude in Gelsenkirchen trieb. Der Erfolg dieses Unternehmens wurde 12 Tote und viele Schwerverwundete. Die Mehrheitssozialdemokratie wurde dann in tabulativen Tönen von diesem Renonnierten als Arbeiterführer gebührend und unversehrten Führer in öffentlicher Beclamung durch Handhochheben zum Lobe vorerzählt. Jetzt stellt sich heraus, daß dieser Buzze und sein Anhang nichts weiter als gang infame Spitzel sind. Selbst der kommunistische Parteivorsitzende, Kühnau steht im Verdacht, daß er Spitzel ist. Auffällig ist, daß man die selben genannten Spigel lang- und langlos aus der Partei ausschließen wollte. Mehr verlangte die Sache des „Proletariats“ nicht. Paul und Vollenbaum sind aber — und hier berufen sie sich auf ihren Sekretär Kühnau — der Auffassung, daß sie in der KPD am rechten Plage sind und verziehen, das ihren „Volksgenossen“ plausibel zu machen.

Jetzt aber trifft diese Leute ein Schicksal, das sie selbst nicht gedacht haben. Ihre „Bretter“ in Münster schleudern sie herab von sich und lassen sie unter die Äcker kommen. Unter Proberbeit in Münster hatte auf die Angelegenheit hingewiesen. Es ist nun in der Lage, „von unterirdischer Stelle“ eine „Ankündigung“ zu bringen. Es heißt: Die Stabsstelle in Münster habe diese Herren nicht bezahlt! Wohl kein Paul und Vollenbaum an sie herangezogen und hätten sich als „Einkäufer“ angesehen. Da die Nachforschungen jedoch ergeben hätten, daß es sich um „diese Kunden“ gehandelt hätte, hätte man es abgelehnt, mit ihnen zu „arbeiten“. Vielleicht seien ihnen die nötigen Gelder von der Organe-Zentrale zur Verfügung gestellt worden, denn die müßte ja mit solchen Leuten arbeiten, um ihre Existenzberechtigung zu beweisen.

Das genügt!

**Die Wahlbegehrten.**

Die Kommunisten veröffentlichten kürzlich einen Aufruf an alle Arbeiter, am 20. Februar ihrer Wahlpflicht zu genügen. Die KPD war bekanntlich nicht immer seit ihrem nicht allzulangen Bestande für eine Beteiligung an den Parlamentswahlen, die sie als „parlamentarischen Kretinismus“ verächtlich zu machen luden. Das ist seit einiger Zeit anders geworden, und so zeigt der Wahlauftrag der KPD, eine geradezu ergreifende Begeisterung für die Eroberung

des Parlaments, das doch nach den ursprünglichen Wünschen der Kommunisten längst durch die Straße und die berühmten Moskauer „Hörsäle“ hätte erreicht sein sollen. Um nun den Widerspruch vor ihren Unabhängigen einzuwickeln plausibel zu machen, wird die Beteiligung an der Wahl mit der Notwendigkeit eines Kampfes gegen die „rechtsozialistischen und unabhängigen Saboteure der proletarischen Einheitsfront“ begründet. Diese Motivierung beweist, was das Verhalten der KPD schon lange zeigte: Doch ist vor dem Bestehen der Forderung und Zerplitterung, die sie der, graut, und daß sie mit allen Mitteln bestrebt ist, das Dium der Zerplitterung der proletarischen Einheitsfront von sich abzuhalten. Bergedene Biederkeit! Die Arbeiterfront weiß längst, daß eine harte kommunistische Frontlinie zwar eine ganze Anzahl höchst redlicher Arbeiter von der Parlamentstribüne aus helfen, daß es aber stets obliegen wird, irgendwelche positive Arbeit für die proletarische Sache zu leisten.

**Die 3 Jahre Levi.**

Briefe, die man abschäftlich verliest, Die „Freiheit“ veröffentlichte befallentlich vor einiger Zeit einen Brief Levi aus der Berliner Geheimvertrieber Moskauer, der von ersten Zerwürfissen zwischen der Berliner Filiale und dem Moskauer Zentralbureau Kunde gab. Dieser Brief sollte nach Levi im Reichstage verloren und von unabhängigen Abgeordneten gefunden worden sein, und die „Rote Fahne“ sprach beherrlich von einem „geflohenen“ Brief. Dazu merkt sich nun die „Freiheit“ mit folgender Bemerkung:

Da wollen wir doch einmal feststellen, daß Levi den Brief verloren hat, und zwar an einer Stelle, daß die Finder annehmen müßten, es müßte, der Brief müge gefunden werden, um durch die Veröffentlichung die Aufmerksamkeit seiner Leute auf diese Notlage Moskau gegenüber zu lenken. Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß Levi Schreiben an das Exekutivkomitee „verliert“. Vielleicht werden wir gelegentlich noch andere vorfinden.

Nach kommunistischer Auffassung war die Veröffentlichung des Levi-Briefes eine Denunziation, da sie die Folger auf die Spur des Berliner Geheimagenten von Moskau lenken konnte. Sollte nun die „Freiheit“ mit ihrer lenkenden Behauptung recht, so wäre Levi selbst der „Denunziant“ gewesen, und er hätte eine Doppelrolle gespielt, durch deren Aufdeckung er als Kollaborist ein für allemal erledigt wäre. Der KPD wäre dann nur noch zu konstatieren, daß sie einen solchen Vorfällen gehabt hat. Auf die weitere Entwicklung dieser eigenartigen Angelegenheit darf man also gespannt sein.

**Neueste Nachrichten und Telegramme.**

Die Reparationskommission legt die Gesamtsumme fest.

Berlin, 17. Febr. Von der Reparationskommission sind der deutschen Regierung in den letzten Tagen die Schadensberechnungen des größten Teils der Eisenwerke gemäß Artikel 298 des Friedensvertrages zur Verfügung überhandt worden; der Rest der Berechnungen ist für die nächsten Tage angehängt. Auf Grund dieser Berechnungen beabsichtigt die Reparationskommission gemäß dem genannten Artikel bis zum 1. Mai d. J. die Gesamtsumme der von Deutschland zu vertretenden Schäden festzusetzen. Sie hat der deutschen Regierung für die Aufarbeitung dieser Schäden gestellt, die bei dem Umfang des Materials und dem Festen ausreißender Unterlagen unmöglich eingehalten werden können. Der Reparationskommission ist eine entsprechende Erklärung abgegeben worden.

Ueber die Höhe und den Inhalt der Schadensberechnungen wird kürzeres bekanntgegeben werden, sobald die Schätzung des Materials eine Uebersicht gestattet.

**Die Anschlagfrage in Oesterreich.**

Berlin, 18. Febr. (Priv.-Tel.) Gestern sprach der frühere deutsch-österreichische Gesandte in Berlin Professor Leo Hartmann vor hervorragenden Berliner Persönlichkeiten über politische Richtungen über die Anschlagfrage und sagte, der Anschlag auf Deutschland sei heute zu einem Dogma geworden, an dem man in Tirat ebenso wie in Wien, in der Siegermark ebenso wie in Salzburg oder Oberösterreich mit Zuhilfenahme. Auf der Grundlage der vorzunehmenden Volksabstimmung werde in Kürze ein Appell an den Völkerbund erlassen.

**Hier einige Beispiele:**

- Herrnstiefel:**  
 Rindbox schwarz ..... (M.198.-) M.168.-  
 Echt BoxkalbuChevreau ..... (Rahmenarbeit) M.238.-  
 Braun RindboxuChevreau ..... Rahmenarbeit M.298.-  
 Lackbesatz ..... M.298.-  
**Damenstiefel:**  
 Spanngamschuhe sow. M.132.-br. 168.-  
 Rossschevreau M.198.- ..... M.148.-D.Schnürschuhe Rosk.u.Chev. 193.-  
 Echt BoxkalbuChevr. .... M.242.-Lackspangen ..... Rahmenarbeit 198.-  
 Echt Chevreau braun ..... M.276.-D. Lackschnürschuhe M.210.-  
 Lackbesatz ..... M.298.-



**Inventur-  
Ausverkauf**  
machen wir nicht, sondern  
wir verkaufen.

**Stille**

**Halle**

**Erstklassige  
Qualitätswaren**  
in großen, reichhaltigen Sortimenten

**zu herabgesetzten, ganz  
besonders billigen Preisen.**

**Stillers Schuhwarenhaus G.m.** Leipziger-  
strasse 93. B.N.

**Amliche Bekanntmachungen.**



**Weissenfels**

**Arbeitsloie**

**Schwekreasbeschädigte.**  
Die mit einer 50-prozentigen und höheren Erwerbslosigkeitsrente anerkannten arbeitslosen Kriegsschädigten werden hiermit aufgefordert, sich bis zum **Montag, den 21. Febr. 1921**, in den Stenographen von 8 bis 1 Uhr in unserer Reichsfiliale - Gr. Brunnstr. 22 - zu melden.

**Weissenfels, den 14. Februar 1921.**  
Reichsbeschädigten- und Kriegsschädigten-Lebensversicherungsstelle im Stadtkreis Weissenfels.

**Zuteilung von Kleingärten.**

Sämtliche Bewerber für einen Kleingarten, auch die bereits zugewiesenen, wollen sich **am 8. - 3. Uhr** im Kleingartenamt, **Saalstraße 101**, Obererich, Zimmer 1 ein Formular abholen und dasselbe nach Ausfüllung bis zum **20. Februar 1921** am gleichen Orte wieder abgeben. Es können nur die zum Bewerber befähigt werden, die bisher noch kein Land zur Bewirtschaftung bekommen haben und die von eigener oder provisorischer Beschäftigung 300 qm befreit sind.  
**Weissenfels, 14. Februar 1921.**  
Der Magistrat.

Eine **Bibliothek** für **neun Mark** nur

erhalten Sie durch das **Wirtschaftliche Arbeitnehmersparbuch**. Enthält alles, was man in Leben rasch wissen muß: z. B.: Verlassung, Fiskusvertrag, Heiratsvertrag, Finanzien, Steuergesetze, Eisenbahnen, Auswanderung, Unternehmer- und Arbeitervereine, Wirtschaftssysteme, Parteien, Redekunst, Massenpsychologie, Sowjetrussland, Arbeiter- und Angestelltenrecht, Betriebsrecht, Soziale Versicherung, Reichsversicherungsrecht, Systeme der Volkswirtschaft, Sozialisierung, Gewinnbeteiligung, Indizesystem, Taylorsystem, Schulwesen, Volkswirtschaftliche Fragen, Valuta, Einkommen usw.  
**Preis Mark 9.-**

**Buchhandlung Volkstimme**  
Gr. Ulrichstrasse 27.

**A. Henckel,**  
Wells-, Woll- und Kurzwaren,  
**Merseburg,**  
Oeigrube 29.

**Dauerhafte Handkoffer**  
echt Vulkan-Fiber, sehr billig bei  
**H. Krasemann,**  
Kofferspezialgeschäft,  
nur  
Schmerstrasse 19.

**Sozialdemokratische Partei (s.p.d.)**  
Wahlbüro für die **Wansfelder Lande**  
**Esleben, Gr. Brunnstr. 69 (Gumbertushalle)**  
Telephon Str. 536.  
Wie die Wahl betreffenden Anfragen (Abhaltung von Versammlungen, Wahlzettel, Stimmentafel) sind an das Wahlbüro zu richten.

**Das ist's**  
Das allerbeste Schuh- und Lederfeil gelb und schwarz

**Sozialdemokratische Partei, Ortsverein Halle.**  
**Sonnabend, den 19. Februar, abends 8 Uhr,**  
spricht  
**Genosse Waentig-Halle**  
Führer der Kandidatenliste der S. P. D. für die Landtagswahl  
in der  
**Aula d. Reformgymnasiums**  
Friesenstrasse (Zugang zwischen Krausen- und Krakenbergstrasse von der Magdeburgerstrasse aus.)  
**Wählerinnen und Wähler!**  
Besucht vor der Entscheidung diese Wahl-Versammlung,

**Franz Wirth, Seifenfabrik**  
Rohmarkt 1. **Merseburg.** Fernspr. 271.  
empfiehlt zu niedrigen Tagespreisen - auch an Wiederverkäufer -  
**Kernseifen, harte und schwache Riegel, Schmierseifen, Seifenpulver, Perflu wasser, sowie alle Waschartikel.**

**Stadt-Theater**  
Sonnabend, den 19. Febr., abends 7 1/2 Uhr.  
**Sinfonie-Konzert**  
Leitung: Prof. Dr. Hans Piltner. Solist: Eduard Erdmann (Klavier).  
Sonntag nachm. Harry Sonntag abend: Wenn Liebe erwacht.  
**Goldbad-Sinfonietal**  
Robert S. Frankestr. 10.  
Markt räumlich alt, Schöneberg Platz u. nachmittags 3 Uhr.

Nach besonderer Inventur bringe ich  
**Glas, Porzellan, Steingut, Emaille, Geschenkartikel u. Küchengerätschaften mit**  
**20 %**  
Rabatt auf alle Waren trotz der äusserst billigen Preise zum Verkauf.

**Sobel**  
Steinweg 45, Reistr. 1, Cöthen, Schularnischstr. 9.  
Gr. Ulrichstr. 9.  
**Porzellan, Steingut, Glas** empfiehlt preiswert  
**E. M. Renner**  
Merseburg Markt 18, 1 Tr.

**Schuh-Beschaffungs-Woche!**  
Staunenerregend billige Preise.  
**Wiebachs Schuhwarenhaus**  
Kleine Ulrichstraße 11-12.

**Wählen**  
Sie waren **Telefongarten** „Hausfreund“  
1 Stück nur **9.80**  
wie kein Telefontast  
6.00  
**Schweine-Schmalz**  
Billemeyer  
Stück nur **11.40**  
**Kieler Fischbörse**  
Steinweg 19.  
**Schluss**  
der  
Anzeigen-Annahme  
vormittags 9 Uhr.

**Lederhandlung**  
Gegründ. 1861. Gebrüder Becker Teleph. 423.  
**Merseburg, Breitestr. 4.**  
**Sohlleder- u. Oberleder-Ausschnitt.**  
**Schuhmacher-Bedarfsartikel.**  
**Schäfte, Gummiflecke.**

**Konfirmanden -**  
Anzüge v. 295 Mk. an  
Schuhe v. 110 Mk. an  
Hüte blau und schwarz v. 44 Mk. an  
Kleider v. 120 Mk. an  
**Paul Landgraf,**  
Schmerstr. 17/18.

**Stellen finden.**  
**Selbständiger Glaser**  
loht gesucht  
**Otto Haring, Frankleben**  
bei Merseburg.

**Feldbahnen-Vorarbeiter**  
Älterer, ruhiger Mann mit guten Materialkenntnissen in selbständige Stellung nach schönem Gehaltsverdienst sofort gesucht. Beschäft. Angebote unter R. H. 348 an Althausenstein & Vogler, Oeff. u. S., Gr. Ulrichstr. 63.

**Vermischtes**  
**Reparaturen an Uhren**  
übernahm bei letzter Auslieferung zu mögl. Stellen  
**Gottfr. Schrauf,**  
Ulmerstr. 4.

**Abonnenten der Volkstimme**  
**kaufen nur inferiorer**  
in den Geschäften, die in ihrer Zeitung

**Hochfeine Gonda-Käse**  
Pfd. 9.60  
allerfeinste, frische  
**Margarine**  
köstlicher Buttergeschmack.  
**F. H. Krause**  
in allen Filialen.

**Umpresshüte für** **Neueste Formen Kurze Lieferzeit! Billigste Preise!** **Damen u. Herren**

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter-Jugend, Jungfrauen und die heimlichen Wahlleiter des Parteivorstandes. Am Sonnabend 7 Uhr in Wilhelms-Gesellschaftsraum...

Aus dem Stadtkreis.

Jetzt gilt's.

An die Wähler, Genossen! Sonderlich von Heften werden gesucht. Am kommenden Sonntag darf es keine Genossen und keine Genossinnen geben...

Das Kap. XV A des Hauptgesetzes (bunliche Unterhaltung der öffentlichen Gebäude usw.) wird voraussichtlich bis Ende März am 500 000 RM überbrückt werden.

Für die Jubiläumsgedenke des Reichstages im Zoologischen Garten sind 27 000 Mark aufgebracht worden...

Eine Vorlage des Magistrats, die eine neue Hilfslehrerliste für das Reformgymnasium fordert, war in der letzten Sitzung des Ausschusses abgelehnt worden.

Der jüdische Moscham der Halleischen Zeitung. Nachdem die 'Halleische Zeitung' durch ihre Stellungnahme gegen die rein arisch-politische preussische Kampfpartei...

hoch wie in dieser Klopsprache unterhalten. Es muß insofern gefestigt eine Kraft vorhanden sein, die die Tiere zum Klopfen bringt. Besonders deutlich wird diese Kraft an folgenden Beispielen...

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtkorrespondenten am Montag, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr. Öffentliche Sitzung. 1. Einleitung eines Entwurfsverfahrens...

Die letzte Wählerversammlung.

Sonnabend, den 19. 2. abends 7/8 Uhr spricht in der Aula des Reformgymnasiums (Friesenstraße) der Spitzenkandidat der sozialdemokratischen Liste...

Genosse Heinrich Waentig, Volkswirtschaftler

Wählerinnen und Wähler! Füllt die Versammlung durch Massenbesuch!

Die 21 Bedingungen.

Es ist draußen im Volkspart. Ich habe mich zur Gewerkschaftsversammlung eingeladen, die abends 7 Uhr, um gegen die Maßnahmen des ADGB zu protestieren...

des Prekesebes hat die 3. 3. jetzt noch folgendes Schreiben des Rechtsanwalts Müller erhalten:

In die Redaktion der Halleischen Zeitung. In der Nr. 78 der Zeitung vom 18. Februar 1921 haben Sie ebenfalls behauptet, der Verein deutscher Staatsbürger...

Kommunistische Gewerkschaftsgruppenleiter. Ein erneutes, unannehmbares Mandat des Verbandes der Kopf- und Handarbeiter in der gestrigen Nummer des 'Klassenkampf'...

Gemeinde- und Staatsarbeiter! Wenn Ihr nicht wollt, daß Ihr Schindlaren in die Hände fällt und um Euer lauer verdientes Geld gebracht werdet...

Gewinnlose des Unterbewußtseins. Am Mittwoch abend hielt der 1. Vortrag des Herrn G. von Gertin über das Thema: 'Gehelmsinn des Unterbewußtseins'...

Sitzung des Haushaltungsausschusses.

Vertagung des Volksparteivorstandes. - Anstellung eines Kammerleiters. - Ueberlieferungen beim Banquet. Das Trauereisbeid genügt nicht annähernd mehr dem Bedürfnis...

Wahlpflicht. In unserem geistigen Volkspartei hat sich beim Umbrechen ein Fehler eingeschlichen. Am Schluß ist ein falscher Satz zu lesen...

Vorläufige keine Kollegial-Erhöhung. Wie der 'Halleische Studentische Präsident' (Wöltgen) erzählt, hat die preussische Regierung entschlossen, für das kommende Semester die Kollegialer nicht zu erhöhen...

Das Sportamt des H. St. A. Halle hat anfänglich bis zum 19. Februar 1921 künftigenfalls 1. Abteilenden Hallen-Turnfestes bis 5 oder 6 Uhr abends für die Unterbewußtseinsgruppen der Schüler- und Schülerinnen...

Das Sportamt der Universität erstellt für jeden Sportzweig Ausnahm- und Hilfe. Das 1. Abteilende Hallen-Turnfest am Sonnabend, den 19. Februar 1921, nachmittags 3 Uhr, in der Universitäts-Turnhalle...

Stadtkorrespondent. Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, wird das Publikum Anton Schaller sprechen. Sonnabend Einjunker-Konzert unter Leitung von Prof. Dr. Hans Wilmner...

Stadtkorrespondent. Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, wird das Publikum Anton Schaller sprechen. Sonnabend Einjunker-Konzert unter Leitung von Prof. Dr. Hans Wilmner...



# Die Wählerin

Blätter zum Wahlkampf in Preußen

## Der Tag ist da!

Gorcht, Schwestern, wie der Lenzsturm braus't!  
Er will die Welt bestreun  
Von kalter, starrer Wintersaust!  
Auf, Schwestern, schließt die Reihen!  
Daß keine säumt! Daß keine fehlt!  
Wir müssen Massen schauen!  
Die Urne ruft: rot wird gewählt!  
Nun handelt frisch, ihr Frauen!

Ihr Mütter, eurer Kinder denkt!  
Für sie soll sich entscheiden  
Am heut'gen Tag, ob Glück ihr schenkt  
Den Kleinen oder Leiden!  
Das alte Preußen brach entzwei  
Ein neues gilt's zu bauen!  
Gebt weiter unser Feldgeschrei  
Rot wird gewählt, ihr Frauen!

Frei wurdet ihr, die ihr geharrt  
Jahrtausende geduldig!  
Der Zukunft und der Gegenwart  
Seid drum ihr Taten schuldig!  
Wahret euer Recht, tut eure Pflicht  
Und werbt voll Selbstvertrauen!  
Des Preußenwahltags Volksgericht  
Ist da: wählt rot, ihr Frauen!

Auf, Schwestern, keine bleib' zurück!  
Wir brauchen Herzen, Hände...  
Wir führen unser Meisterstück  
Heut' zäh zum guten Ende!  
Der Tag ist da: Kampf klist und klingt  
In allen Preußengauen...  
Nun sorgt, daß, wenn der Abend kummt,  
Wir jubeln „Sieg!“ ihr Frauen!

## Frauen, schließt die Reihen!

Der Tag der Preußenwahl ist da. Eine ungeheure Verantwortung ist den Frauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land auferlegt. Sie sollen wählen zum Landtag, zum Provinziallandtag, zum Kreistag und in einzelnen Provinzen auch noch zum Reichstage.

Der Kreistag ist neben der Gemeindevertretung gewissermaßen die Zelle des demokratischen Staatsbaues. Von ihm aus muß die Reform der Verwaltung erfolgen. Die Provinzialvertretung ist doppelt wichtig: Nicht nur für die Provinz, sondern für das ganze Preußen, denn aus ihr werden die Mitglieder des Staatsrates nach dem Verhältnisssystem berufen. Auf die Landtagswahlen aber setzen die Reaktionen alle Hoffnungen. Sie glauben, daß es ihnen möglich sein werde, mit Hilfe der Frauen eine Mehrheit zu erlangen und alle mühsam errungenen Verbesserungen zu beseitigen.

Wählerinnen! Wollt Ihr es dulden, daß die Parteien des Geldsacks und des Brotwunders triumphieren? Wollt Ihr wieder zurück in politische Anfreiheit und wirtschaftliche Fron, weit schlimmer, als Ihr sie vor dem Kriege erdulden mußtet?

Frauen, die Ihr arbeitet im Haushalt, im Kontor, in der Fabrik oder auf dem Lande! Macht durch die junkerlich-kapitalistische Rechnung einen bicken Strich. Schließt die Reihen und sorgt für einen vollen

## Sieg der Sozialdemokratie!

## Wir und die anderen.

Die bürgerliche Demokratie geht von der Ansicht aus, daß die politische Freiheit eigentlich alles sei, was der Mensch verlangen könne, höchstens habe der Staat für eine ausreichende Bildung aller Staatsbürger zu sorgen und die Steuern so einzurichten, daß keiner ungerecht getroffen werde. Das sind drei Dinge, die wir akzeptieren, die aber nicht ausreichen.

Der Staat soll allerdings — so meinen auch die Sozialdemokraten — die Freiheit garantieren, aber auch darauf sehen, daß die Freiheit des einen der Freiheit des anderen keinen Schaden bringe. Die politische Freiheit aber kann keine gleiche sein, wenn ökonomische Ungleichheit existiert. Der ökonomisch Bessergestellte wird stets einen moralischen Druck auf den Schlechtergestellten ausüben. Ist nun gar ein Abhängigkeitsverhältnis vorhanden, wie in der jetzigen Gesellschaft, ist der Arbeiter einem Brotherrn unterworfen, von dem seine Existenz abhängt, dann liegt auch auf der Hand, daß dieser Brotherr die Gewalt in den Händen hat, das politische Recht des Arbeiters zu verkümmern, es in der ihm dem Unternehmer gutdünkenden Weise auszubeuten. Aber ganz abgesehen davon: an einem Staat, in dem die politische Freiheit bloß der Zweck ist, hat der Arbeiter wenig Interesse. Was ihn drängt und treibt, die politische Freiheit und Gleichberechtigung zu erobern, ist die Aussicht, mit ihrer Hilfe auch die ökonomische Unabhängigkeit zu gewinnen.

August Bebel (Unsere Ziele).

## Gefahr im Verzuge!

Von Margarete Pfirrmann.

Im Reich eine bürgerliche Mehrheit, in Bayern eine ausgesprochene Reaktionsregierung und in Preußen? — Frauen, bedenkt es wohl, auf Euch kommt es an, was für eine Regierung Preußen nach den Wahlen vom 20. Februar erhält, denn Ihr bildet die Mehrheit der Wähler. Was aber würde es bedeuten, wenn auch in Preußen eine rein bürgerliche Regierung aus Ruder käme? Schon jetzt hat im Reich die Deutsche Volkspartei das Steuer in der Hand, obgleich es sich dort um eine Koalitionsregierung mit Zentrum und Demokraten handelt.

Die Deutsche Volkspartei weiß nämlich genau, was sie will: sie will für ihre Klasse, für die Klasse der „notleidenden“ Großindustriellen und Grundbesitzer das Beste herausholen — auf Kosten der breiten Masse des arbeitenden Volkes.

Das Zentrum aber? Nun, es besteht selbst zum großen Teil aus ähnlichen Gesellschaftsschichten und räumt der in ihr organisierten Arbeiterschaft nur gerade so viel Rechte ein, wie es die Zeitverhältnisse notgedrungen erfordern, ist aber schnell bereit, die Rücksicht auf die Arbeiterklasse fallen zu lassen, wenn diese nur irgendwie an politischem Einfluß zu verlieren scheint.

Und wie ist's mit den Demokraten? Auch hier steht das Geldinteresse der besitzenden Schichten oben an. Die demokratische Gesinnung, die Sorge für die Mehrheit des Volkes ist mehr oder minder Dekoration, die um so weniger in die Erscheinung tritt, je geringer der politische Einfluß der Sozialdemokratischen Partei ist, der wirklichen Partei des arbeitenden Volkes. Noch bilden die Demokraten im Reich verflochten nach der Wirkung, die ihr Verhalten in Preußen auslöst, denn hier sitzen noch Sozialdemokraten in der Regierung, die das Gewissen der Demokraten bilden. Und doch sind die Vorgänge im Reich schon jetzt lehrreich genug und kaum imstande, innerhalb der arbeitenden Bevölkerung das Verlangen nach weiteren Proben der Künste einer rein bürgerlichen Regierung zu erwecken.

Man denke einmal an das Versprechen der Reichsregierung, daß durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft eine erhebliche Senkung der Preise erreicht werden würde. Wir Hausfrauen haben es nur zu deutlich gespürt, wie das gerade Gegenteil eintrat, wie die Preise für die notwendigsten Lebensmittel immer höher und höher kletterten, so daß an ein Auskommen mit den geringen Löhnen und Gehältern gar nicht zu denken war. Neuanfassungen? Ja, sie wären dringend nötig gewesen nach dem langen Krieg, aber sie waren in der „freien Wirtschaft“ noch weniger möglich als unter der wahrhaftig nicht idealen Zwangswirtschaft.

Und welches Bild gewährt uns die Reichsregierung jetzt? Die Preise für Auslandsprodukte fallen, hervorgerufen durch

die Weltmarktkrise; auch im Innern macht sich eine leichte Besserung bemerkbar: die deutsche Reichsregierung aber stäubelt mit einer erheblichen Herabsetzung der Preise für Brotgetreide! Frauen, haltet die Augen offen, es geht um die Ernährung unserer Kinder, der Kinder des Volkes!

Aber sind das etwa die einzigen Proben der Tüchtigkeit der bürgerlichen Regierung, dieser gepriesenen Retterin aus der Not? Man braucht nur die Steuerfrage aufzuwerfen, und jede Frau aus dem schaffenden Volke ist sofort im Bilde. Ob hausfraulich oder sonstwie beruflich tätig, die Frauen wissen, was es bedeutet, daß den Arbeitern, Angestellten und Beamten von ihren gewiß nicht allzu üppigen Gehältern bei jeder Auszahlung 10 Proz. als Steuerzahlung abgezogen werden. Wohl wollen und müssen wir alle nach Kräften dazu beitragen, den Staat wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen, aber wo bleibt die entsprechende Leistung der Besitzenden? Noch ist kaum etwas zu hören von der Einziehung der beschlossenen Vermögenssteuern. Oder doch, es ist sehr viel davon zu hören, nämlich das laute Geschrei der Besitzenden, daß so die Steuer nicht durchzuführen sei, daß sie den Ruin der Wirtschaft bedeute, daß Erleichterungen geschaffen werden müssen und immer noch mehr Erleichterungen. Auf diese Weise wird ein langjames Abbröckeln der Steuererhebung, soweit sie die Besitzenden trifft, erreicht; und außerdem wird Zeit gewonnen, kostbare Zeit, um jedes Hinterfüßchen zu finden und zu benutzen, das die Geseße lassen. Wer weiß, wieviel bei den Kapitalisten noch zu holen ist, wenn endlich die Steuern wirklich eingezogen werden sollten!

Wie aber kann es erreicht werden, daß die früheren Koalitionsparteien, Demokraten und Zentrum, die damals die Steuererhebung unter dem Druck des sozialdemokratischen Einflusses bewilligt haben, zu ihrer Pflicht zurückkehren? Es wird nur dann gelingen, wenn die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Preußenwahlen so viele Mandate erhält, daß ihr Einfluß ausschlaggebend in der künftigen Regierung Preußens wird. Eine stark sozialdemokratisch gefärbte Regierung im größten deutschen Volksstaat, besser noch eine rein sozialistische, vermag auf die Reichsregierung einen nicht zu unterschätzenden Druck auszuüben, schon allein durch die Preußenstimmen im Reichsrat. Mit einem Siege der Reaktionsparteien in Preußen aber wäre das letzte Bollwerk der deutschen Demokratie gefallen. Was heute schon von den Bürgerlichen mehr oder weniger deutlich ausgesprochen wird, würde dann zweifellos schnellstens in die Tat umgesetzt werden: Lohnabbau, Aufhebung des Achtstundentages usw. Deshalb, Wähler, benutz die Macht, die Euch durch den Stimmzettel gegeben ist, dokumentiert Eure festen Willen, Deutschlands Wirtschaft wieder aufzubauen zum Besten des ganzen Volkes. Man wird im Reich auf die Stimme des preußischen Volkes hören müssen!

Besonders Ihr Frauen, bedenkt genau, was alles durch Eure Stimmabgabe entschieden wird, genügt am 20. Februar unbedingt Eurer Wahlpflicht und gebt Eure Stimme der einzigen sozialistischen Partei, die bisher bewiesen hat, daß sie positiv arbeiten will und kann,

der Sozialdemokratischen Partei!

## Zwölf Millionen Tote!

Eine erste Statistik ergab zwölf Millionen Kriegstote.

Wenn's jetzt zur Wahl geht und ihr hört die Unentwegten schreien und „Revanche“ brüllen, so sagt ihnen eins nur: „12 Millionen Tot: sind in diesem Kriege auf dem Schlachtfeld und im Lazarett geblieben.“ 12 Millionen — wißt ihr, was das heißt? Ein Zug von Geistern ist es, der, wollte er Rache nehmen, an den Gewalthabern dieser Erde drei Monate Tag und Nacht vorüberziehen müßte. Ein Zug von Geistern ist es — so lang wie der Weg vom Äquator zum Pol.

Und wollte man den Toten Ruhe gönnen — nicht im Massengrab, sondern wie armen Schludern, Sarg neben Sarg — ein Friedhof wäre vorzuziehen, größer als Berlin mit allen Vororten und Vorstädten. Und genügt den Hirnverbrannten dieses grauenvolle Spiel mit Zahlen nicht, so laßt sie denken, daß 12 Millionen Tote 50 Millionen Lebendige in Gram und Schmerz auf dieser Erde lassen, ein schwarzes Volk, stark genug, ein ganzes Reich zu füllen.

Tut ihr aber nicht das euer — die Kriegsheher zu bekämpfen, wo ihr sie findet — so wird Europa werden was Serbien wurde, das den dritten Teil seines Volkes im Krieg verlor.

B. Engelhardt.

Lächert nicht die Zeit, die reinel  
Schmäh: ihr lie, so schmähet ihr euch!  
Denn es ist die Zeit dem weißen,  
Unbeschriebnen Blatte gleich;  
Das Papier ist ohne Makel,  
Doch die Schrift darauf leid ihr!  
Wenn die Schrift nicht just erbaulich,  
Nun, was kann das Blatt dafür! N. Grün.

## Die Frau des Landarbeiters.

Für das deutsche Volk von höchster Bedeutung ist die Notwendigkeit der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft. Dazu gehört nicht nur die Bereitstellung der nötigen Mengen an Dünger und Saat — wo nichts hineinkommt, kommt nichts heraus! — sondern auch besonders intensive Arbeit.

Früher wurde ein guter Teil der Landarbeit auf den großen Gütern von russischen und galizischen Arbeitern gemacht und an deren Stelle traten während des Weltkrieges die Kriegsgefangenen. Die Insten oder Büdner oder Katenleute oder Deputatknächte waren die auf meistens Jahresvertrag gemieteten Landarbeiter, zum Teil durch Naturalien entlohnt! — mit einem Stück Land zur freien Bebauung, einer Gutswohnung, mit einem bestimmten Teil Milch, Brot, Kartoffeln und der Berechtigung zum Halten von Kleinvieh, wie eines Schweines.

Wenn man überlegt: Sichere Wohnung, jahrelang sichere Arbeit, im gewissen Umfange die Lebensmittel gesichert und dann Barlohn, so kommt einem doch ein Wundern darüber, daß trotzdem die Landbevölkerung durch Abzug nach der Stadt in den letzten Dezennien ständig abnahm. Das lag nicht am Zug nach Kino und großstädtischen Zerstreuungen — auch nur zum Teil an der geringen Barentlohnung, sondern an der Ueberlastung des Landarbeiters und seiner Familie und an der durchaus unregelmäßigen Arbeitszeit.

Der Arbeiter in der Stadt ist am Feierabend fertig, kleidet sich um und kann, wenn er will, auf der gleichen Bank mit seinem Arbeitgeber oder seinem Vorgesetzten in einer Erholungsstätte sein oder seine Bildung pflegen oder sich seinen staatsbürgerlichen Pflichten widmen. Der Sonntag steht ihm ganz für das Familienleben zur Verfügung; jedenfalls kann er am Sonntag von seiner täglichen Erwerbsarbeit sich einmal gründlich abenden. Anders der Landarbeiter, dessen Arbeitstag durchgehends von Ende bis Anbruch der Nacht und im Winter darüber hinaus reicht. Nicht nur fordern Sonnenbrand oder drohender Regen häufig Ueberarbeit und Mehrarbeit, sondern auch das Vieh verlangt Sonntag wie Alltags seine Bedienung. Und zwar nicht nur dasjenige der „Herrschaft“, sondern auch das Schwein, die Ziege, die Gans oder das Kaninchen des Arbeiters wollen mehr noch als sein Stückchen Land gepflegt sein. Der Landarbeiter, vom Morgen grauen an in jeder Witterung draußen schwer arbeitend, ist auch nur ein Mensch und abends zu müde, für sich selbst noch Nennenswertes zu leisten, und verläßt sich daher für die Bewirtschaftung seines Stück Landes und die Pflege seines Viehes auf seine Frau und eventuell auf die Kinder.

Das Eigentümliche der Landarbeiterverträge war — und ist es noch heute —, daß nicht ein Mann, eine Arbeitskraft, gemietet wird, sondern ein Landarbeiter, der eine Frau fürs Melken und regelmäßig oder nach Bestellung des „Herrn“ auf Tage oder länger auch für die Feldarbeit zu stellen hat. Sind Kinder da, auch wohl noch eine Jungdirn fürs Hüten oder einen Burschen als Helfer im Stall oder beim Gärtner.

Gerade diese Verpflichtungen zur Landarbeit, zur Mitarbeit der Familie, sind sicher die Ursachen der Landscheu. Mehr noch als alles andere ist zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit wie der Arbeitsfreude ein freundliches Heim Bedingung. Dieses erfordert nicht nur eine menschenwürdige Wohnung, sondern dazu gehört eine Frau, die auch Zeit hat und nicht abends vor Müdigkeit umfällt, weil sie ebenfalls an der Erwerbsarbeit teilnehmen muß. Ein freundliches Heim kann dort nicht entstehen und sein, wo die Frau entweder nachts oder Sonntags die eigene Hausarbeit erledigt, die Wäsche macht usw. Noch weniger natürlich, wenn kleine Kinder in gefährlicher Verlassenheit nach der Mutter schreien, während diese gemäß dem Vertrag entweder auf dem Gute wäscht, in der Meierei arbeitet oder Feldarbeit macht. Hier kann man wohl vom Unlegen der Arbeit sprechen.

Von größter Bedeutung ist deshalb für die Landarbeiter-schaft die Ausnutzung der Schutzbestimmungen für die Frau des Landarbeiters im § 14 in der „Vorläufigen Landarbeits-ordnung vom 24. Januar 1919“:

„Arbeiterinnen, die ein Hauswesen zu versorgen haben, sind so früh von der Arbeit zu entlassen, daß sie eine Stunde vor der Hauptmahlzeit in ihrer Häuslichkeit eintreffen. An den Tagen vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten sind sie von der Arbeit entbunden. Arbeiterinnen, die ein größeres Hauswesen zu versorgen haben, insbesondere auch Gehilfen, die nicht zur eigenen Familie gehören, zu beschäftigen haben, sind, abgesehen von Notfällen, nur insoweit zur Arbeit zu verpflichten, als dies ohne erhebliche Beeinträchtigung ihrer häuslichen Pflichten möglich ist.“

Die Schutzbestimmungen können nicht durch einen anders lautenden Vertrag umgestoßen werden. Auch wenn häusliche Pflichten (Waschen, Bügeln, Kinderpflege) darunter leiden würden, braucht ein entgegenstehender Arbeitsvertrag nicht erfüllt werden.

Im § 15 der Landarbeitsordnung wird der Arbeitgeber zur Stellung einer einwandfreien Wohnung verpflichtet. Die Anweisung einer gesundheitschädlichen Wohnung wird ausdrücklich als Grund zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses bezeichnet.

Hält man dazu, daß die Landarbeitsordnung das volle Koalitionsrecht für die Landarbeiterchaft sicherstellt, und damit u. a. die richtige Plattform zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gibt, dann muß man sie als einen sehr bedeutsamen Schritt vorwärts bezeichnen. Zunächst aber müssen die Arbeiterfrauen auf dem Lande erst mal wissen, daß sie Rechte haben, die durch die politische Arbeit, besonders den Frauen, gewonnen sind, daß auch sie, dank der Revolution, politische Rechte haben, für deren Erhaltung und Verbesserung sie mit ihrem Stimmzettel am 20. Februar eintreten müssen.

## Politische Bildergalerie.

Der Wahlkampf treibt eigenartige Blüten. Die bürgerlichen Parteien haben auf ihren Plakaten nicht geschwiebes den Wählern zu sagen. Deshalb steigen sie in die Jahrhunderte alte Vergangenheit und greifen von dort irgendein bekanntes Gesicht heraus, das sie aufs Plakat lieben und als Symbol für ihre Gegenwartspolitik gelten lassen wollen.

Die Deutschdemokratische Partei z. B. läßt den Kopf des alten Freiherrn vom Stein an Stelle ihres eigenen Programms aufstücken und die Preußen aufzornen, deutschdemokratisch zu wählen. Die schwerliberale „Deutsche Volkspartei“ hingegen macht Konkurrenz den Deutschnationalen, indem sie beide abwechselnd den Alten Fritz mit dem Krückstock als Sinnbild ihrer Preußenpolitik aufmarschieren lassen.

Die „nationalen“ Parteien bilden sich auch wahrscheinlich ein, daß die Gesichter immer noch besser seien, als wenn man z. B. das des Herrn Helfferich aufs Plakat setzen würde, oder etwa von den Kerkhoff, oder gar den „Konsul“ Simon! Zweifellos ist der Krückstock des Alten Fritz auch ein besseres Symbol für die Politik der Gewaltparteien, als irgend etwas aus der Gegenwart. Das Bild bietet tatsächlich ein Programm für sich. In der Schule wurde uns gelehrt, daß der Alte Fritz auf seine Art „Ordnung“ schaffte, indem er gesehentlich seinen „Untertanen“ mit dem Stock bößselig eigenhändig den Rücken verbläute. Das ist das Ideal der Herrg und der Stresemann, der Helfferich und der Leibig und wie sie alle heißen mögen. Der preussische Staatsbürger soll wieder von den Agrariern und den Schwerindustriellen abwechselnd verprügelt werden. Und wenn er sich dagegen aufbäumt und sich auf sein Recht beruft, soll es wieder heißen wie damals: „Kajonier Er nicht!“

In dieser politischen Gemädegalerie fehlt nur noch ein charakteristisches Bild des Zentrums. Es müßte den heiligen Thomas von Aquino abbilden, der das schöne Wort prägte, es sei „für die Sklaven, die das Land bebauen, zuträglich, daß sie stark am Körper, aber schwach am Verstande seien. So würden sie nützlich sein für die Bearbeitung des Landes und nicht ausarten in Umtriebe wider ihre Herren“. Oder aber einen bayerischen Bischof, der noch in den letzten Jahren als Grundriß aussprach: wer Knecht sei, solle Knecht bleiben!

Die Sozialdemokratie braucht nicht in der Vergangenheit zu wählen. Sie kennt die Geschichte und wendet sie auf die Gegenwart an. Sie will die Unterdrückung vergangener Jahrhunderte nicht wieder aufleben lassen und will ein freies Volk auf freiem Grunde sehen. Daß Gegenwart und Zukunft ihr gehöre, dafür müssen die Wähler am 20. Februar sorgen helfen, indem sie den papierernen Götzen ins Gesicht schlagen und sozialdemokratisch wählen!

## Zwei Briefe.

I.

Marie Brunke, Hausangestellte bei Fabrikant Hüssel, an ihre Freundin Käthe Heilblid.

Liebe Käthe!

Wir haben uns so lange nicht gesehen und es hat sich so vieles geändert, seit ich Dir damals mein Herz ausschüttete, daß ich Dir unbedingt schreiben muß.

Es war wohl im August vorigen Jahres, als wir uns trafen und ich auf Deine Frage, wie es mir gehe, in Tränen ausbrach, — so unglücklich fühlte ich mich damals. Ich erzählte Dir dann viel Häßliches von den schwerreichen Beuten, deren Haushalt ich, so gut ich es vermag, in Ordnung halte. Und Du weißt, daß ich meine Sache verstehe. Du tröstetest mich in Deiner klugen Art, — nicht zuletzt mit dem Hinweis darauf, daß niemand mich zwingen könnte, Unwürdigen zu erlauben; daß ich gehen könne, wenn ich es nicht aushalten könnte und leicht eine bessere Anstellung finden würde.

Aber damit war mir nicht gedient. Ein Jahr wenigstens muß ich durchhalten, das halte ich einfach für Ehrensache.

Die Hauptursache meiner Verzweiflung hatte ich Dir verschwiegen. Es war die Enttäuschung über die Verwandlung in dem Benehmen meiner „Herrschaft“ mir gegenüber.

Im Mai hatte ich meine Stellung angetreten. Am Anfang war die gnädige Frau mehr als freundlich zu mir. Alle Augenblicke kam sie zu mir und sah mir bei der Arbeit zu. „Rein, wie fleißig Sie immer sind!“ hörte ich dann zuweilen. Oder: „Wird es Ihnen auch nicht zu viel?“ Dann mußte der Herr den Hausknecht schicken, damit er mir die arbeitsame Arbeit abnehme. Daß sehr viel und sehr grobe wie seine Arbeit in dem Haus zu leisten ist, sagte ich Dir ja. Eigentlich mehr als neunzehn für zwei Diensthofen. Doch arbeitete ich gern bis tief in die Nacht, als Entgelt für so viel Freundlichkeit.

Den Herrn sah ich selten, — hauptsächlich während des Servierens bei Tisch. Und dann war auch er die Lebenswürdigkeit in Person und sagte mir viel Schönes über meine Kochkunst.

Wenn die Kinder, die wirklich sehr schlecht erzogen sind, mich quälten, so wurden sie gerügt und ins Kinderzimmer geschickt. Und wenn ich einmal abends in eine Versammlung wollte, — es war doch vor der Reichstagswahl, — dann meinte die Gnädige sogar, sie wählte etwas Besseres zur Unterhaltung und Belehrung für mich und schenkte mir eine Einladung zum Sommertheater.

Am Wahltag dachte ich gar nicht ans Wählen, was wir ja seit der Revolution dürfen. Ich war auch mit der Arbeit noch sehr zudringlich. Aber der Herr brachte mir einen Stimmzettel im Kuvert, machte sehr viel Scherz, und dann, — denke Dir nur, nahm die Herrschaft mich trotz allem Sträuben in ihrem einen Wagen mit ins Wahllokal. Ich hätte gern den Zettel unterwegs durchgesehen, wir kamen aber vor lauter Lachen gar nicht dazu. Und dann, gleich am anderen Tag, muß mich wohl jemand verflucht haben. Da ging's los, — mit ihr, mit ihm, mit den Kindern. Ich hatte die Hölle im Haus. Friedrich durfte mir nicht mehr helfen. Nichts als Gezänk den ganzen Tag. Quälereien. Bismilliae Vermehrung der Arbeit. Das habe ich Dir ja alles erzählt. Aber nun höre an. Ich hatte mir schon vorgenommen zu kündigen, — da sind den Beuten wohl die Augen aufgegangen. Ich wollte mich eines abends unterrichten über die Hausangestelltenbewegung, von der ich gehört hatte. Ich hatte zu dem Zweck einmal um acht Uhr Freitagsabend gemacht und das Silberzeug, das noch zu pußen war, besetzte gestellt, um es anderen Tages vorzunehmen.

Ich war auf einen armen Koch besetzt bei der Heimkehr. Aber denke und nur: Herr und Frau Hüssel haben in der Küche und empfangen mich sehr freundlich. Sie erkundigten sich nach dem Verlauf der Versammlung und als ich von einer Einladung zu einer Frauerversammlung der S.B.D. sprach, meinte die Gnädige: „Gewiß müssen Sie mehr heraus“, und es gelang mir, daß sie mir gerade zu dem betreffenden Abend ein Opernbillet gekauft hatte.

Was ist wieder beim alten. Ich bin sehr stilllich darüber. Die Vorherkommen der Hausangestellten habe ich nicht richtig verstanden. Ich war so sehr müde, — ich glaube, ich bin während der Rede „über die alte Gesindeordnung und die neueste Verhandlung der Hausangestelltenfrage“ eingeschlafen. Frau Hüssel saß auch immer „Geflüster“ und ich habe mich oft darüber geärgert. Aber Du siehst, sie meint es nicht böse.

Gehst Du auch in Versammlungen?

Mit herzlichem Gruß

Deine Marie.

II.

Käthe Heilblid, Hausangestellte bei Kommerzienrat von Guren, an ihre Freundin Marie Brunke.

Liebe Marie!

Nur ein Jahr bin ich älter als Du und nur ein Jahr früher aus unserem Dörfchen in die Kleinstadt gezogen, in der wir zwei uns in gut geleiteten, kinderreichen Haushaltungen zu tüchtigen Hausangestellten ausgebildet haben. Und doch ist mir, als sei ich verantwortlich für Dich, die Du so weltuntunlich und, — sei mir nicht böse —, ein wenig gedankenlos bist. Zu gleicher Zeit haben wir Anstellung in der Großstadt gefunden; und nun laß mich Dir sagen: Mach die Augen auf! Merke auf alles, was um Dich vorgeht. Nicht nur auf das, was der Dienst von Dir fordert, damit Deine Leistungen als vollwertig gelten. Das tust Du ohnehin. Achte auf alle Vorkommnisse des täglichen Lebens und denke über sie nach.

Wir haben das Wahlrecht, das Versammlungsrecht, das Selbstbestimmungsrecht und alle anderen Menschenrechte durch die Sozialdemokratie erhalten, das heißt, wir sind aus Haustieren zu mit dem Manne gleichberechtigten Menschen geworden.

Die Sozialdemokratie hat Schluß gemacht mit dem Begriff „Gesinde“ (Hausflaven), durch Abschaffung der alten „Gesindeordnung“, die uns wehrlos in die Hände unserer „Herrschaft“ gab.

Wir sind heute Hausangestellte, Beamte im Betriebe des Haushaltes, dessen Leiterin die Hausfrau ist. Mit Rechten und Pflichten wie diese. Darüber später. Für heute merke Dir folgendes:

Dein Arbeitgeber ist führendes Mitglied der volkfeindlichsten Partei des Reiches der ehemals konfessionellen Partei.

Die Freundlichkeit, die Du in deinem Hause vor der Reichstags- und jetzt wieder vor der Landtagswahl erfährt, geht und gilt nur dem Klang Deiner Stimme. Und wenn diese Partei Stimmen genug erhält, um ihre ehemalige Macht im Reich wieder aufzurichten zu können, dann nimmt sie uns Frauen das Wahlrecht wieder ab, das ihnen ein Gesetz ist.

Du darfst keinen Stimmzettel abgeben, dessen Inhalt Dir nicht bekannt ist. In diesem Falle wählst Du die Gegner des Volkes und verräthst die Deinen.

Die Deinen sind die Frauen und Männer der Arbeit, sind die Sozialdemokraten.

Drankaffiere Dich als Sozialdemokratin, dann hast Du Millionen Genossen und Genossinnen, die Dich nach der Wahl vor allen Uebergriffen der Emporkömmlinge, die in Dir nicht den Menschen, sondern „das Gesinde“ und momentan das Stimmvieh sehen, zu schützen wissen.

Die freie, direkte und geheime Wahl ist Dein Recht. Laß es Dir nicht ablaufen durch das kurze, demütigende Verlangen einer Waagenfahrt mit den Beuten, die Dich nicht als Gleichberechtigte, sondern als heimlich Verachtete, zum bestimmten Zweck Gebudete dies eine Mal mitnehmen.

Auch ich nehme es peinlich gemessenhaft mit den Pflichten, die mir obliegen, ob diese meine Arbeit oder mein Menschthum betreffen. Und ich verlange die Erfüllung aller Pflichten, die meine Arbeitgeber mir gegenüber eingegangen sind, in solcher Gewissenhaftigkeit.

Das wissen die Haushaltsvorstände, der Herr von Guren und seine Frau, und richten sich danach. Denn sie sind recht gute und kluge Menschen.

Aber ich denke nicht daran, mir von ihnen den Stimmzettel in die Hand drücken zu lassen. Denn ihre Kandidaten sind nicht meine Kandidaten. Sie hören zu den Besessenen auf Kosten der Arbeiterschaft, und ich bin Sozialdemokratin.

Morgen abend komme ich zu Dir, um Dich über die Organisation und ihre menschenfreundlichen Ziele aufzuklären.

Mit herzlichem Gruß

Deine Käthe Heilblid.

## Das Recht der Frau.

Die Zahl der Frauen, die infolge von Geburten sterben oder sterben, ist weit größer als die Zahl der Männer, die auf dem Schlachtfelde fallen oder verwundet werden.

Die Frau hat das gleiche Recht wie der Mann auf Entfaltung ihrer Kräfte und auf deren Betätigung. Sie ist Mensch wie der Mann.

Der Fortschritt der Menschheit besteht darin, alles zu beseitigen, was einen Menschen von dem anderen, eine Klasse von der anderen, ein Geschlecht von dem anderen in Abhängigkeit oder Unfreiheit erhält.

Die Frau soll wie der Mann nützlich und gleichberechtigtes Glied der Gesellschaft werden; sie soll wie der Mann all ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten voll entwickeln können und, indem sie ihre Pflicht erfüllt, auch ihre Rechte beanspruchen können.

Sebel. (Die Frau und der Sozialismus.)

## Schlechter Trost.

Von Georg Herwegh.

Du wirst ein schön'res Leben schauen,  
Und ewig, ewig bleibt es dein.  
Man wird dir gold'ne Schloßer bauen  
Nur — mußt du erst gestorben sein.

Du wirst bis zu den Sternen dringen  
Und stellen dich in ihre Reih'n,  
Von Welten dich zu Welten schwingen  
Nur — mußt du erst gestorben sein.

Wenn Sünder in der Hölle braten,  
So gehst du zum Himmel ein;  
Du wirst geküßt und nicht verraten,  
Nur — mußt du erst gestorben sein.

Ob ihm der Ost die Segel blähe,  
Was hilft's dem morschen, lechen Kahn,  
Was hilft dem Fink die Sonnennähe,  
Den tot ein Adler trägt hinan?